

Diese Zeitung erscheint
jede Woche Sonnabends.
Preis pro Quartal durch
die Post bezogen 1. M.
eingetragen in die Post-
zeitungsliste Nr. 6482.

Anzeigentarif:
Arbeitsvermittlungs- und
Zahlstellen-Anzeigen, die
geipalte Abzweig-Zeile
in
Gehäusanzügen werden
nicht aufgenommen.

Der Proletarier

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verlag von A. Grey,
und von C. A. H. Meister & Co., beide in Hannover.

Begründlicher Herausgeber: S. 511, Hannover.
Redaktionsschluß: Sonnabend mindestens 12 Uhr.

Redaktion und Expedition:
Hannover, Nikolaistraße 7, 2. Et. — Gewerbe- und Industrie 3002.

Dummheit oder Verbrechen.

Die Völker der Urzeit handelten vorwiegend insoferngemäß, weil ihr Geistes- und Seelenleben noch zu unentwickelt war, um die Folgen ihres Handelns im voraus abzuschätzen oder berechnen zu können. Gute oder schlechte Folgen unüberlegter Handlungen waren Zusatzsache, traten aber immer nur einzelne Personen oder doch kleine beschränkte Kreise. Eine Gefahr für die Existenz der Menschheit war noch nicht gegeben. Durch Erfahrungen gewinnt und durch fortgesetzte aktive Beobachtung wurde der Instinkt allmählich umgewandelt zum Verstand, also zu einem Organ, das überlegen konnte. An die Stelle unüberlegter Handlungen trat mehr und mehr die Überlegung. Beratungen im Kreise Gleichmächtiger waren die wahre Folge. Die Notwendigkeit planmäßigen Handelns trat immer mehr in Erscheinung, je größer der Interessenkreis der Handelnden wurde und je komplizierter sich die Regelung des Fragmentkomplexes dieser Krise gestaltete. So hat sich allmählich das organisierte Staatswesen aus der Horde herausentwickelt. Heute im modernen Staat treten die Handlungen von Gruppen, die das Gesamtreich verüben, ungleich später in ihren Wirkungen in Erscheinung als in der (wilden) Horde. Soll ein Staatsmann ohne Schwere nachdringende Folgen im Interesse der Gesamtheit funktionieren, so ist unbedingt erforderlich, daß sich in den das Ganze berührenden Haupträumen alle den Interessen der Gesamtheit unterordnen.

Nun wurden und werden Dente und Hand in der Menschen bestimmt von den wirtschaftlichen Verhältnissen, unter denen sie leben. Die Angehörigen eines Staates, die ihre Lebensbedürfnisse im eigenen Verde finden, brauchen b im Ausbau ihrer staatlichen Organisation keine Rücksicht zu nehmen. Der Staat jedoch, der in seiner Existenz reip. der Existenz seiner Angehörigen abhängig ist von andern Staaten, kann nicht mehr ohne Rückgriff auf diese seine Angelegenheiten nach Gaudiens regeln, sondern er muß bei Schaffung seiner ökonomisch rechtmäßigen, d. h. seiner politischen Grundlagen die andersgearteten Interessen dieser andern Staaten mit in Betracht ziehen. Es ist ein gegenwärtiges Abhängigkeitsverhältnis vorhanden, das für den einen Staat größer sein kann, als für den andern und das nicht ignoriert werden darf. Andernfalls kommt es zu Misereien, die zu schweren Konflikten und zu Erfüllungen des Staatsganges führen können. Der Weltkrieg ist dafür das beste Beispiel. Ähnlich wie vor dem Kriege unter Ahdenschen und sonstigen Nachpolen eine Macht aus das Ausland nehmen zu müssen glauben, spielen sich heute in unserem Staat im gleichen Gang ab, die sie die eigenen Volksgenossen die schweren Füchse im Gelände haben müssen. Es handelt sich um die unzähligen Massenstreiks mit den Zielen der Sozialführung der Revolution und dem Endziel der Sozialisierung der kapitalistischen Produktionsmittel oder der Bergbau- und Eisenbahnen aller Produktionsmittel von heute auf morgen. Was die Volksbewohner seit über einem Jahr erfolglos erzielten, glauben uns Spartakisten nachmachen zu müssen.

Untersuchen wir einmal, welche Folgen zunächst die Massenstreiks, insbesondere in den Arbeitervierteln, für Deutschland haben werden. Wied die Revolution darüber eingeholt, so steht uns nicht nur dieses wichtige Terrain, um aus dem Auslande andere für uns äußerst notwendige Lebensmittel und Rohstoffe zu erhalten. Andre Industrie, welche müssen infolge Nahrungsmangel die Betriebe schließen, und der Ausfall von Dienstleistungen wird noch größer, ganz abgesehen davon, daß für uns selbst die notwendigen Rohstoffe nicht mehr produziert werden können. Fehlen aber alle weiteren benötigten Dinge, dann hat unser Papiergeld seinen Wert verloren, weil eben hinter ihm keine Wertobjekte mehr sind, und man erhält dafür nicht soviel. Es wird uns nebenbei b leicht mangeln an Licht, an Erzeugung, an elektrischer Kraft usw. Sind alle Betriebe stillgelegt, so steht unsere Arbeiterschaft dem Einkommen, Hunger ist die Folge; dieser weckt die tierischen Instinkte des Menschen. Der Hungertyp will fressen, er nimmt Nahrung, wo sie sich findet, mit Gewalt, wie haben dann Raub, Plunderungen, Mord und Totschlag als Massenentzerrung. Das kann und wird weiter zur Folge haben, daß der mächtige Landesstaat das Land besetzt, mit Gewalt und ohne jede jedes Schonung Ordnung setzt, sich aber auch Deutschland unterordnet und wie hätte dir der Adelsstaat.

Gehen wir aber einmal den Fall, es gelänge, durch die spartanische Kleinde die Weltrevolution herbeizuführen, was dann? Bildet sich dann — nach den Erfahrungen in Russland und weiter? z. B. b ist uns selbst — jemand ein, wir könnten dann in aller Gewissheit alle Produktionsmittel in das Eigentum der Gesellschaft überschreiten? Die Sozialisten und die Spartakisten haben durch ihre Praxis bewiesen, daß daran einfach nicht zu denken ist. Die Zahl der politisch und vor sozialistisch urteilenden Menschen in allen Staaten ist noch viel zu klein, als daß eine Gesellschaftsführung möglich wäre. Die große Masse der geistigen Intelligenz sieht nur ihren nächsten Vorfall, und wo einmal Gewalt ohne Organisation und Disziplin zur Anwendung kommt, da habe des zivilisierten Gemeinschaftsdenkens zu sein, wie hätten den Weg zum Massenverbrecherum, zur Wildheit und zur Barbarei beschritten, an dem es ein Zurück nicht mehr gäbe. Es würde so lange genommen und g lebt, solange überhaupt noch etwas zu nehmen wäre. Es gäbe keine Macht mehr, die diesem Strom der Wildheit Einhalt gebieten könnte. Ist die Erfüllung

der Vorstellung der Menschheit würde unter Jahrzehnte- oder Jahrhundertenlangen Nachzügungen aus dem geistigen Urzustand heraus, sich wieder laßend den Weg zur Kultur suchen müssen.

Die Spartakistenführer haben die Geschichte über ihren Anhang in dem Augenblick verloren, in dem sie versuchen würden, eine neue Ordnung auf den Trümmern aufzurichten. Ja! hätten sie in ihrer Geschichte lediglich gut durch bildete Viele, hochsitzende Geister, kurz gesagt, Menschen, die sich der Drang, i. e. ihrer Handlungen klar und voll bewußt wären; dann — ja, dann wären sie ja keine Spartakisten. Aber leider steht fest, daß das Gegenteil der Fall ist. Die Geschäftshandlungen in Berlin haben b. vieler, daß die große Mehrzahl überhaupt nicht weiß, was sie will, daß viele lediglich aus Lust am Standort mitmachen. An der Spitze der „Unterherrschen“ standen sehr oft überbelebte Elemente. Mit solchem Menschenmaterial läuft sich keine pure, keine bessere Welt aufbauen. Waren sich die Leute der Folgen ihrer Handlungen in voller Weisheit bewußt und schickten sie trotzdem auf dem eingeschlagenen Wege weiter, so könnte man sie nur als Verbrecher bezeichnen. Zu ihrer Ehre und zu ihrer Entschuldigung nehmen wir an, daß es aus Unverständ, zu deutlich gesagt, aus Dummheit handelt. Leider ist jeg. nicht die Zeit, die jetzt so schamlos bei der politisch und gewerkschaftlich unorganisierten Spar aliusmilitärischen Tugenden zu lernen. Daß diese Radikale, die mangels gesiegerter Waffen zu Handgranaten und Maschinengewehren greifen um den Produktionsprozeß, soweit er noch funktioniert, zum Stillstand zu bringen, die Oberhand gewinnen und das Reich und das arbeitende Volk in nationalem Unglück sterben, das darf nicht geschehen. Die ganze organisierte Arbeiterschaft muß gegen diese Tugenden im Kampf nehmen. Eine Gesellschaft, die Friede- und Freiheit mit der Waffe unterdrückt, die Gewaltmittel vorläufig ruhig und plaudert, kann man nur mit Verachtung behandeln. Solange wir noch den Glauben besitzen, daß wir uns wieder emporarbeiten können, so lange wir noch hoffen dürfen, ohne neuen Menschenmord aus dem Elend herauszukommen, in das uns der Krieg gebracht hat, so lange müssen wir Verhältnisse zu verhindern suchen, unter denen der Bruder das Leben des Bruders nicht mißachtet.

Nur durch planmäßiges Werken der Arbeiterschaft und politischem Gewalt wird es uns möglich sein, den sozialen Unbildungssprozeß zu befreien und rascher an das Ziel zu kommen. Wir wollen und werden dann die reine Freiheit plaudern, die wir mit voller Gewalt vorzeigen können. Wenn wir das aber wollen, dann dürfen wir nicht von den Vätern trennen, von dem, wie diese Freiheit zu plaudern Gedanken. Nicht wie der wilde oder gar der irrsinnige Mensch dürfen wir handeln, sondern alle unter uns erneuernden müssen gelehrte sein bzw. der Gewalt, vom freien Denken, sonst erneuernde uns ja nichts vom Tier. Die Geschichte soll später einmal von der deutschen organisierten Arbeiterschaft nicht als von einer wilden Horde berichten, sondern von einer freien, einer Handlungen begleiteten. Bei Weltkrieg, die wir erneuernd führten, bis jetzt bis Kriegsbeginn, die wir in die Freiheit zurücksetzen will, der gehört zu uns; wer die reine Freiheit auf sein Recht geföhrt hat, der möge uns zeigen, wir haben mit keiner nichts gemein.

Was heißt Sozialisierung?

von Dr. Oskar Stille.

Durch die Revolution ist die Frage, ob und in welchem Tempo die Sozialisierung unseres Wirtschaftslebens durchzuführen sei, zu einer der brennendsten Fragen geworden. Bei der überwiegenden Mehrheit der Leute ist diese Frage nicht nur für die gesamte soziale Gesellschaft unserer Volksrepublik, sondern auch für die Sache der sozialen Sicherheit im Wirtschaftssprozeß und die Erfüllung ihrer sozialen Forderungen besichtigt worden, wie es für eine der wichtigsten Aufgaben der gewerkschaftlichen Organisationen ist, an ihrer Macht und Löhne möglichst vorzutreten und die beständigen Forderungen in das Problem einzufügen. Wie die Sozialisierung mit dem sozialen Klassenstand das Ergebnis der Sozialisierung Karlsruhe soll. Die Sozialisierung.

Es ist zweckmäßig, diese Frage zunächst anzugeben und dann positiv zu beantworten.

Sozialisierung heißt nicht: Verstaatlichung. Verstaatlichung bestimmt ein Wirtschaftssobjekt in die Hände des Staates oder der Kommunen ist keine Sozialisierung oder Verstaatlichung. Das hat es immer gegeben, und niemandem ist es eingefallen, von Verstaatlichung zu sprechen, weil z. B. im preußischen Staat die Eisenbahnen, groß: Waldbüchsen, eine Anzahl landwirtschaftlicher Güter Bergwerke und andere Erwerbszweige fast im Besitz und Betriebe des Staates befinden. Remond, der begrüßlich geschaut ist und die sozialistische Thorie kennt, wird eine solche Vollstaatlichkeit des Deutschen rütteln, die Verstaatlichung dieser Betriebe als Verstaatlichung zu demonstrieren. Und doch geschieht dies in der Breite fortwährend. Es ist von seiten vieler Freiheitsleute, die schon durch ihre Stellung die Sozialisierung für die Garantie eines gewissen Einschlusses in das Problem gehalten, dass die Sozialisierung die Verstaatlichung für die Garantie einer gewissen Einschlusses in das Problem gehalten.

Sie greift aus der Sicht der Leute gegen ein paar bestreite Beispiele heraus. So überzeugt ist der Oberberater Dr. Bismarck in der „Wochenszeitung“ vom 20. und 21. Dezember 1918 einen Artikel: „Sozialisierung“, der aber lediglich die Frage der Sozialisierung behandelt. Im „Berliner Tagblatt“ vom 1. Januar 1919

22. Dezember 1918 spricht der Geheime Kommerzienrat Max Steinhart, Direktor der Deutschen Bank, sich dahin aus, daß man für Sozialisierung richtiger Verstaatlichung sorgen müsse. In einem Vortrag in der Berliner Singakademie erklärt der Staatssekretär a. D. Dr. Bernhard Dernburg, daß wir heute bereits sozialisierte Betriebe haben, wie das Postwesen, die Eisenbahnen, den Telegraphen und das Telefon; auch die von ihm eingerichtete Diamantregie gehörte hierher („Frankfurter Zeitung“ vom 23. Dezember 1918). Diese Herren haben also nicht die leiseste Ahnung davon, worum es sich bei der Sozialisierung handelt. Ein kleiner wenig Nachdenken müßte genügen, um zu erkennen, daß z. B. die im Staatsbesitz befindlichen preußisch-hessischen Eisenbahnen genau nach den gleichen Grundsätzen wie gehabt werden, wie Eisenbahnen, die sich im Besitz von altengelstädtischen befinden. Die Eisenbahnen sind aber waren bisher die mildeste Leib für den Staat. Sie bilden den Rückgrat der preußischen Finanzen. Wenn auch nicht vorausgesetzt werden darf, daß der Staatssektorbahnbetrieb nicht lediglich und ratslos auf Gewinn eingestellt ist, sondern daneben auch noch wirtschaftliche Erwägungen in Betracht kommen, so stehen diese doch darin in dem Hintergrund, daß es nicht berechtigt sein kann, einen leichten Staatsbetrieb als weisensverschieden von der kapitalistischen Betriebsweise herauszuheben und unter einen besonderen Namen zu bringen. Daher ist der verstaatlichte Betrieb der Eisenbahnen noch lange kein sozialisierter. Zugleich verstaatlicht, müßte er erst sozialisiert werden, wenn den Forderungen des Sozialismus Rechnung getragen werden sollte. In dem Begriff der Vergesellschaftung steht nun noch etwas mehr als bloße Übergabe von Besitztions- oder Transportmitteln in die Hände des Staates und Erziehung von Einnahmen durch den Staat, die bisher keinen ausgeübt. Daher ist zunächst rein negativ Vergesellschaftung nicht = Verstaatlichung.

Es ist aber auch zweitens nicht richtig. Vergesellschaftung zu den Inhalten mit Übernahme der einzelnen wirtschaftlichen Betriebe durch die darin beschäftigten Arbeiter. Auch dieser Irrtum ist mir verbreitet. Man glaubt, daß Sozialisierung bereits dann vorliege, wenn der Betrieb nicht mehr durch den Unternehmer, sondern durch die Arbeiter und die Angestellten geführt werde oder das Betriebsvermögen in ihre Hände übergegangen sei. Aber eine bloße Übergabe des Besitzes eines Unternehmens an die Arbeiter würde an sich noch keine Sozialisierung bedeuten. Vor kurzem erzielte es nicht derartiges Uebertragen als der Betrieb einer großen Eisenbahngesellschaft in Brandenburg, der Geheime Kommerzienrat Bismarck, das gesamte Unternehmen ließen Arbeiter die eigene Regierung zur Erfüllung übertragen wollte, was die Arbeiter aber ablehnten. Die „Frankfurter Zeitung“ brachte die Tatsache unter der Überschrift: „Unternehmer Sozialisierungsvorfall“. In Wirklichkeit handelt es sich hier um gar keine Sozialisierung oder kann diesbezüglich kein Betrieb, sondern um eine Produktionsfirma, bei deren Betriebsführung die Arbeiter die Arbeit d. S. G. gemeinsam gewollt haben. Durch folge wird vor kurzem erneuerter Übernahme würde sich in der Regel nicht. Der Betrieb der Eisenbahnen ging in den Händen der Arbeiter, was die Lage „in der Regel“ präzisiert haben. Ja, noch mehr. Der Betrieb, ohne die Arbeiter, die Arbeit wurde im Wettbewerb zu einem Preis, der dem Betrieb keinen Nutzen bringt, denn dieser schlägt, wie wir noch sehen werden, eine Abschaltung und Rücksicht auf den arbeitenden Betrieb in sich. So würde aber auch den Arbeitern in ihrer Sache kein Nutzen bringen, wenn der Betrieb herzüglich verstaatlicht wird. Denn sie, welche ein Wettbewerbsunternehmen haben, werden nicht mehr die Arbeit machen, wenn der Betrieb herzüglich verstaatlicht wird, denn dieser schlägt, wie wir noch sehen werden, eine Abschaltung und Rücksicht auf den arbeitenden Betrieb in sich. So würde aber auch den Arbeitern in ihrer Sache kein Nutzen bringen, wenn der Betrieb herzüglich verstaatlicht wird, denn dieser schlägt, wie wir noch sehen werden, eine Abschaltung und Rücksicht auf den arbeitenden Betrieb in sich. So würde aber auch den Arbeitern in ihrer Sache kein Nutzen bringen, wenn der Betrieb herzüglich verstaatlicht wird, denn dieser schlägt, wie wir noch sehen werden, eine Abschaltung und Rücksicht auf den arbeitenden Betrieb in sich.

Wenn aber weder die Übernahme der Wirtschaftssobjekte in die Hände des Staates noch in das Eigentum der Arbeiter, noch in den Besitz der Gewerbevereine gleichbedeutend mit Sozialisierung ist, so wird es nun darauf ankommen, positiv zu erklären, was nun die am viel gebräuchten Terminus technicus u. versteht.

Wie das Wort sagt, ist Sozialisierung = Verstaatlichung. Die ganze Gesellschaft soll Eigenverantwortung und Selbstverantwortung werden, was heute einz. oder mehr oder weniger der großen Gesellschaften ist. Es ist eine sozialistische Erziehung in das Problem der sozialen Klassenstand das Ergebnis der Sozialisierung, das auch die Übernahme von Besitztions- und sozialen Ausgleich. Man erfaßt schon aus diesen Erklärungen, daß auch die Übernahme von Besitztions- und sozialen Ausgleich gegen die Sozialisierung erfolgen soll. Keine Widersprüche, sondern

Aber mit dieser Aussicht haben wir erst den Drücker der Sozialisierung, die Sozialisierung, erfaßt. Und spricht die begehrte Sozialisierung von Staat und Gesellschaft die doch ganz verschieden Gesellschaften mit verschieden Gewerken auf, in der kleinen Distanz immer noch eine große Sache. Die Begehrte Sozialisierung ist eine sozialistische Erziehung, die durch folgendes planmäßig

Die Revolution und der gewerbliche Gesundheitsschutz der Industriearbeiter

Zusammenfassung und Regelung der Produktion in hochkonzentrierten Betrieben sowie Anpassung der Erzeugung an den Bedarf, und zwar durch systematische Überleitung des Grundbesitzes, der Energiequellen und Schätze des Bodens, der Verkehrsmittel, der Rohstoffe, Arbeitsräume, Maschinen, Anlage- und Betriebskapitalien in das Eigentum der Gesellschaft, wobei alle am Produktionsprozeß Beteiligten die Eigenschaft vom Funktionären der Gesellschaft mit bestimmendem Einfluß auf die Erzeugung erhalten. Es handelt sich also bei der Sozialisierung um die Etablierung eines ganz neuen Wirtschaftssystems, das zu dem bisherigen in völligem Gegensatz steht.

Ein solches Wirtschaftssystem läßt sich natürlich nicht in einem führen Sprung — von heute auf morgen — einführen. Lange Vorbereitungen sind nötig. Infolgedessen ist die Sozialisierung kein einmaliger Akt, sondern ein Prozeß, der die verschiedenen Zweige des Wirtschaftslebens nach und nach ergreift und sich ihrer bemächtigt. Manche Industriezweige eignen sich mehr, andere weniger für die Sozialisierung, wieder andre gar nicht. Besonders geeignet erscheinen alle Gewerbszweige mit großkapitalistischen Produktions- und Transportmitteln. Wo diese ein soziales Macht- und Herrschaftsverhältnis begründen, wo sie also mit andern Worten „Kapital“ sind, da erlebt der Sozialismus die baldige Verdrängung des Privateigentums und die Übernahme der gesamten Erzeugung in genossenschaftliche Betriebe. Der Anfang wird jetzt gemacht mit dem Bergbau. Der erste vorbereitende Schritt zu seiner Sozialisierung besteht in der durch Verordnung der Reichsregierung vom 18. Januar erfolgten Ernennung von Reichsbewollmächtigten für die einzelnen Bergbaureviere zur fortlaufenden Überwachung aller wirtschaftlichen Vorgänge auf dem Gebiete der Schalenförderung, des Abbaus und der Bewertung der Kohlen sowie hinsichtlich der Preismessung. Hingegen sind die kleinen Betriebe keine geeigneten Objekte für die Sozialisierung. Daher dürften z. B. das Handwerkzeug des Schmiedes und die Rüstie des Müller's, auf der er selber wählt, Privateigentum bleibt.

Gehen wir uns nun die jugendliche, d. h. zum Zwecke des
Wohles der ganzen Gesellschaft, des ganzen Volkes betriebene
Produktion in dem oben genannten Sinne etwas näher an.

Sie charakterisiert sich erstens durch die Ordnung und die planmäßige Ueberlegung, möglichst viel und gut zu produzieren. Bei jeder Sozialisierung, gleichviel welcher Art, spielt die Frage eine Hauptrolle: wie kann die Produktion rationeller gestaltet werden? Erzeugungsökonomik betrachtet, ist daher das Sozialisierungsproblem ein produktives Problem. Als solches wird es auch von den bestehenden politischen Machthabern gewertet. „Angesichts unserer heutigen Lage“, erklärte vor kurzem der bisherige preußische Finanzminister Simon zur Frage der Vergesellschaftung der Betriebe, „können wir uns den Luxus der bisherigen veralteten und unzureichenden Arbeit nicht mehr leisten. Wir müssen nicht nur die einheitlich organisierte Produktion einführen, sondern zugleich auch ein ganz erneuertes System, das bei kleinstem Aufwand die höchsten Erträge ergibt.“ Die bisherige Güterproduktion steht dazu im Gegensatz; sie ermangelt der Organisation und der Regulierung, sowie es nun eine Kette und Spurlose Ordnung zu lassen vermag. Das Prinzip warum es lediglich die Preise, eben Stufen und Tassen anregend oder hemmend auf die Erzeugung einwirken. Die Preise regulierten bisher Produktion, Verteilung und Konsum. Mit der Sozialisierung soll diese Willkür nach plausibler Energieisen erlegt werden. Die Produktion soll zum Bedarf angepaßt und alles wettbewerbliche Zwischenwert, so den bisherigen Zustand der freien Konkurrenz auszeichne, aufgelöst werden. Aber das kann nur gelingen dadurch, daß an Stelle des Rivalen- und Gegenimmonder ein Füreinander, an Stelle der Planlosigkeit eine zentralistische Regelung tritt. Die Neukonzeption Produktion werden dann nicht mehr den Charakter von Stufen, sondern den von Konkurrenz und Gegenübereinstimmung. Das muß die alte organisatorischen Methoden in hier nicht näher zu nennenden.

Vergrößerung bedient aber jetzt, daß der Unternehmer mit seinen Stärke und der Kapitalist verfeindet. Es gibt nur noch aufrechte Gewerbe, wenn auch mit verschleierten Namen, z. B. Organische Betriebe, Kaufmännisch-Handelsfirma etc. Die Basis der Gewerbeökonomie bildet nicht die Stärkeproduktion mit ihrer Universalität — was auf den heutigen herrschenden Erfordernissen keinen Platz gibt —, sondern die Selbstproduktion, die zu keiner Höhe in jener Gewerbeökonomie kommt, die Material und Kapital sind nicht mehr Nutzbar und Unproduktiv ist heutige Stärke, sondern haben als Widerstände ein Verhältnis, so daß die Gewerbeökonomie den Funktionen der Gewerbeökonomie ein wesentliches Hindernis auf die Entwicklung. So tritt als Ergebnis das größte Teil des Gewerbes über diese. Ein anderer Teil trifft es sich mit der Zersetzung der Stärke, der Gewerbeökonomie. Durchdringungen und frische Gewerbeökonomie der Stärke erlaubt werden müssen, ein dritter Teil endlich für die Gewerbeökonomie der Gewerbeökonomie.

Bei einer Überprüfung der Strukturen im Bereich kommt es zu
einem Konsens der Delegationen an die Rechtsanwälte
in den folgenden Punkten:

300. Ich bin et aber in einer bescheidenen Stellung
301. und ich kann mich nicht von den Erfahrungen geben. Ich
302. kann Ihnen erzählen was ich erfahren habe. Das erste ist
303. gewiss ein Fehler der Anfangszeit. Das erste ist leicht
304. zu erkennen ist das Fehlen eines Zahn. Die Ausbildung der Zah-
305. ne ist sehr schwierig und es kann sehr lange dauern bis die Zahne her-
306. wachsen. Es ist für alle Kinder schwierig eine Zahnausbildung zu
307. haben. Es ist auch schwierig die Zahnausbildung zu
308. fördern. Es ist auch schwierig die Zahnausbildung zu
309. fördern. Es ist auch schwierig die Zahnausbildung zu
310. fördern. Es ist auch schwierig die Zahnausbildung zu

Endlich führt mir die Geschäftsführung als die Spur ihres
Vorhabens, so dass sie mich mit Sicherheit gegen die Gewerbe-
ordnung und die Kostenabrechnung der Eisenbahn ver-
klagen wird. Ich kann Ihnen nur empfehlen, dass Sie mir das vor-
liegende Schreiben zu schicken, um ein vorläufiges Urtheil über die
Geschäftsverhältnisse zu erhalten. Nach dem Erhalt dieses
Urtheils werden wir uns entscheiden, ob wir die Gewerbe-
ordnung oder die Kostenabrechnung anwenden. In jedem Falle
werden wir das gesuchte Urtheil der Eisenbahn
entgegenstehen (in Bezug auf die Kostenabrechnung). Ich hoffe, die
Fahrt zwischen den Städten und den Ortschaften wird Ge-
genstand einer Reise nach der Eisenbahn. Ich hoffe, Sie werden
nicht mehr trübsinnig in Bezug auf die Kostenabrechnung. Ich hoffe, Sie werden
nicht mehr trübsinnig in Bezug auf die Kostenabrechnung. Ich hoffe, Sie werden
nicht mehr trübsinnig in Bezug auf die Kostenabrechnung. Ich hoffe, Sie werden
nicht mehr trübsinnig in Bezug auf die Kostenabrechnung. Ich hoffe, Sie werden

Das Auftreten der Arbeiterklasse schaffte neue Sozialprobleme und Sozialrechte, die konsequent d.e alle Herrschaft zerstören oder bejähigen müssen. Die Rechte der Unternehmer der alten Gesellschaft, wie die unbegrenzte Uneignung des Arbeitsertrags, d.e Koalitionen der Arbeit durch die Klassengegabung zu verhindern oder zu unterbinden und die freie Verfügung über Leben und Gesundheit der Beschäftigten in ihren geschäftlichen Betrieben, werden durch die evolutionäre Entwicklung auf geschwächlich und schließlich durch die organisatorische Macht der Arbeit vollständig lahmgelagert. Und wie uns die Vorgänge der letzten Monate

Bundesstaaten in Frage. Außerdem wären noch eine nicht geringe Zahl von Beamten in Rechnung zu stellen, die in einem begrenzten Rahmen auch für den Arbeiterschutz bei Bauen mitwirken. Nach dem amtlichen Ausweis sind durch die Gewerbeaufsicht 1913 von 324 524 Betrieben mit 7 386 173 Arbeitern 181 707 Betriebe mit 6 321 642 Arbeitern revidiert worden; das sind rund 56 Prozent.

Noch ungünstiger zeigt sich in demselben Jahre der technische Aufsichtsdienst bei den unfallversicherungspflichtigen Betrieben, wo mit Ausnahme der Baugewerbs-Berufsgenossenschaften die prozentuale Zahl der Revisionen noch geringer ist. Die gewerblichen Berufsgenossenschaften hatten im Jahre 1913 386 technische Aufsichtsbeamte, wobei die Baugewerbs-Berufsgenossenschaften mit 133 beteiligt sind. Von diesen Beamten werden 296 auch noch als Rechnungsbeamte beschäftigt. Das durch die Revisionen bekanntgegebene Tatjachenmaterial gewährt einen Einblick in die Zustände bei den gewerblichen Betrieben und muß im weiteren Ausbau des Arbeitsschutzes und der gewerblichen Aufsicht überzeugend wirken. Nach dem Bericht des Reichsversicherungsamts für 1913 haben 63 gewerbliche Berufsgenossenschaften 63 480 Revisionstage nachgewiesen, wovon 46 507 Tage auf Betriebsbesichtigungen, 8018 auf Lohnbuchprüfungen und 8955 auf die Kontrolle der Rentenempfänger sowie auf andre Dienstgeschäfte entfallen. Bei den 13 Baugewerbs-Berufsgenossenschaften sind insgesamt in den 104 623 als "revisionbedürftig" nachgewiesenen Betrieben 246 808 Revisionen ausgeübt worden. Dagegen sind bei den übrigen gewerblichen Berufsgenossenschaften von 571 690 als vorhanden nachgewiesenen Betrieben — 97 665 — als revidiert angegeben. Vor allem ist zu konstatieren, daß die Zahl der aufsichtsführenden Personen bei der Gewerbeinspektion und bei den Berufsgenossenschaften viel zu gering ist und durch den Krieg noch beträchtlich reduziert wurde. Dabei liegen die Dinge ganz offen. Daß sich hier zeigende Manko kann durch die aktuelle Anstellung von Arbeitserkontrolleuren sehr bald ausgleichen werden. Schon seit dem Jahre 1911 werden die Berufsgenossenschaften durch die Reichsversicherungsordnung (§ 875) dazu hingewiesen. Wenn aber, veranlaßt durch den alten Herrndünkel, die Berufsgenossenschaften sich weiter weigern sollten, dem nochzugeben, dann muß ihnen überhaupt die Wahrnehmung der Unfallverhütung abgenommen werden, die dann der staatlichen Gewerbeaufsicht (§ 139 der Gewerbeordnung) angegliedert werden kann.

Durch die Revolution ist auch für den Arbeiterschutz die Bahn freigemacht worden. Darum muß auch für die Arbeiter der Industrie jetzt die Zeit gekommen sein, sich den Arbeiterkontrollen mit allem Nachdruck zu fordern! In diesem Sinne ist deshalb auch die Sozialpolitische Abteilung der Generalkommision bei den höheren Verwaltungserganen im Reich und bei den Bundesstaaten vorgegangen. G. Hinle.

G. Grinle.



Chemische Industrie

- Kaffarbeiter-Konferenzen.

Mitte Februar fanden vier Konferenzen der Kästnerbeiter statt, und zwar am 13. in Erfurt, am 14. in Naumburg, am 17. in Magdeburg und am 18. in Hannover. Die Tagesordnung war überall die gleiche. Von der Konferenz in Erfurt wird berichtet:

Am 13. Februar tagte im „Rheinischen Hof“ zu Erfurt eine Konferenz der Kaliarbeiter aus den Bezirken der Werra, der Unstrut und des Südharzes. Vertreten waren 43 Unternehmungen (mit 64 Schächten) sowie die bei diesen vorhandenen chemischen Fabriken durch insgesamt 192 Delegierte. Außerdem waren 23 Werksvertreter, der Geschäftsführer des Kaliressorten-Bereins, Herr Dr. Karau, vom Reichswirtschaftsamt Ges. Ober-Regierungsrat Gräßner und Huguenin erschienen; als Vertreter der Arbeiterorganisationen die Verbandsvorsitzenden Sachse (Bergarbeiter) und Brey (Fabrikarbeiter), die Bezirksleiter Wendt und Reddigau (Bergarbeiter), Schneider und Gutjahr (Fabrikarbeiter), Martin (Maschinisten), Wallenbach (Metallarbeiter), Wehner (christl. Bergarbeiter) und Obenauf (Hirsch-Dunderscher). Die Verhandlungen wurden von Schneider (Erfurt) und Wendl (Gledhowen) geleitet.

Zur Beratung standen:

1. Die Lage der Kaliindustrie.
2. Die Lohn- und Sozialisierungsfrage in der Kaliindustrie.

- Zum ersten Punkt der Tagesordnung schilderte Herr

Dr. Karras die einschlägigen Verhältnisse: Kohlen- und Transportfrage, Verlust der hochprozentige Salze liefernden Kalilager im Elsaß, deren Inbetriebnahme durch Frankreich, die günstige Wassertransportfrage, die Erschließung der spanischen Kalilager, ihre Abbauwürdigkeit, den Erlass der spanischen Regierung (Produktionswang), die Einwirkung dieser Konkurrenz auf die deutsche Kalifabrik, besonders in der Preisfrage; die Durchbrüchung des bisherigen Weltmonopols, die Absturzfrage, Kali als Handelsobjekt und die Schaffung von Debiten in Afrika.

Geh. Oberregierungsrat Gräßlitz erzählte zum Teil diese
Ausführungen ihm auf den Inlandstrafas zu sprechen, auf die
verfuhren, mit einheimischen Städten (Thomasmehl, Phosphat,
Ammonium, Kalk usw.). In der Februarhälfte gäbte er eine
Besserung noch in diesem Monat in Weißruthenien zu hängen.
Auch er befürchtet, daß die Salindustrie — in der Hauptstadt Export-
industrie — wohl die einzige Möglichkeit biete, jetzt eine
Besserung der Salina zu erreichen und in der Hauptstadt Lebens-
mittel heranzubringen. Viel hängt allerdings vom Friedens-
schluß ab, der sobald als möglich erwartet werden muß.

Die Lohn- und Sozialisierungfrage behandelt die Genossen Sachse. Ausgehend vom § 13 des Gesetzes vom 25. Mai 1910 über den Abzug von Kalisalzen, der wissenschaftlichen Mindestlöhne festlege, kam er auf die Vereinbarungen der Arbeiterverorganisationen mit dem Verein der Kaliherren vom 27. November 1918 zu sprechen; ebenso auf das Zusatzabkommen vom 5. Februar 1919. Erst wurde, daß auf einen Lohnausgleich in den einzelnen Bezirken hingewirkt werden müsse, die Unterschiede seien teilweise zu groß. Die Vorstellungen, es sei über die Löhne der Mitglieder hinweg beschlossen worden, trafen nicht zu, die vorherige Abhaltung von Konferenzen den Kaliherren b. wie das Gegen eil. Die Kalifabrikate befinden sich gegenwärtig in einer solchen Lage, daß alles aufgeboten werden müsse, um sie wieder instand zu setzen. Die jetzt teilweise erhobenen Forderungen: Sozialisierung, Höchsttarif nach russischem Muster usw., sei nicht der richtige Weg. Von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion sei bereits im Jahre 1910 eine Sozialisierung beantragt worden. Reichstag sowie Staatsregierung lehnten eine solche jedoch ab. In der damaligen Kali-Kommission hätten die Genossen Cohn und Albrecht, trotz ihrer Auffindung einen Antrag auf Verstaatlichung nicht eingereicht, ebenfalls in Kenntnis der Schwierigkeiten. Die jetzige Regierung habe eine Sozialisierungskommission eingesetzt, der unter dem Komitee, Hilsdorff und Reitze (Mitglied der II. S. 2)

angehören. Von deren Seite sei gesagt, daß zur Sozialisierung längere Zeit notwendig sei; nicht im Handumdrehen, sondern nur schrittweise und nach sorgfältiger Prüfung der tatsächlichen Verhältnisse könne vorgegangen werden. Der Hauptzweck sei, mehr, besser und vorteilhafter zu produzieren. Selbst Eisner sage, die Sozialisierung könne nicht in Deutschland allein und nicht in acht Tagen geschehen. Nun komme die sogenannte Neuner-Kommission in Essen und wolle sofort sozialisieren, andernfalls drohe sie für den 15. Februar mit dem Generalstreik. Diese Kommission, die zum Teil aus Leuten bestehে, die wenig oder nichts von der in Frage kommenden Industrie und den einschlägigen Arbeiterverhältnissen verstanden, seien heute in Weimar, um mit der Regierung zu verhandeln, insbesondere aber auch über die Finanzierungsfrage der Kommission selbst. Er zweifle nicht, daß diesen Leuten die richtige Antwort gegeben werde, nämlich: Hände weg; nicht zufällig Zusammengekommene, sondern dazu Beauftragte haben diese wirtschaftliche Arbeit zu erledigen.

Sachse führte weiter vor Augen, wie Leute, die glauben, Arbeiterinteressen zu vertreten, selbst vor Gewalt nicht zurücktreten. So habe der Bezirksbergarbeiterrat beim Oberbergamt Halle in einem Schreiben an den Kaliinteressentenverband zum Ausdruck gebracht, daß die Wahlen zu den Arbeiter- und Angestellten-

Ausschüssen auf Grund der Reichsverfügung vom 18. Januar von dem Bezirksbergarbeiterrat nicht geduldet und, wenn erforderlich, mit Gewalt verhindert würden. Hoffentlich habe die Arbeiterschaft Mut genug, solchen Quertreibereien entgegenzutreten. So würden keine Arbeiterin'ressen vertre'en. (Lebhafte Zustimmung.) Dem Hinweis Sachses auf die Aussführungen des Diplomingenieurs Stausch im „Halleischen Volksblatt“ vom 10. Februar: Betriebsräte müssen sich auf die Kontrolle der Betriebe im Interesse der Arbeiter beschränken und die Essener Ziele ablehnen, folgte das Bekenntnis zur Sozialisierung. Dazu gehöre die Kontrolle, die wir längst verlangt haben, ferner die Arbeiterausschüsse, die wir laut Abkommen entsprechend gesetzlichen Bestimmungen geschaffen haben; dazu gehört auch die Arbeitsgemeinschaft, die nun auch bald in ausgiebige Tätigkeit treten wird. Wir verlangen außerdem mehr Rechte für den Arbeiterausschuss, Tarifrecht und Arbeitskammern. Gerade in der Stahlindustrie sei Vorsicht am Platze, die Expropriation könne nicht ohne Entschädigung vor sich gehen. 220 Werke kämen in Frage, davon sei später eventuell nur die Hälfte notwendig; deshalb sei es geboten, eineklärung abzuwarten, mindestens, bis wirklich Friede vorhanden sei. Man könne nicht die Gewerkschaften beiseite schieben, über deren Köpfe hinweg handeln wenn wir auch zu ziehen, daß die

beren Köpfe hinweg handeln wenn wir auch zugeben, daß die Gewerkschaften in gewissem Sinne reformiert werden können, aber nicht etwa aus der Erkenntnis heraus, ihre heutige Verfassung sei schuld, daß man nicht weiter gekommen sei. Schuld seien in erster Linie diejenigen, die bislang der Organisation ferngestanden haben, jetzt aber glauben, im Handumdrehen alles erledigen zu können. Es sei zu bedenken, was wir unter den obwaltenden Verhältnissen geschaffen. Sachse erinnerte an die im Sommer 1918 erfolgte Lohn erhöhung von 3 Mk. pro Schicht zum Durchschnittslohn vom 4. Quartal 1917, dann an die Lohnregulierung vom 27. November 1918 und die vom 5. Februar 1919. Er schloß mit einem Appell an die Arbeiterschaft, zusammenzustehen in ihren Organisationen, diese weiter auszubauen und vor allen Dingen jenem arbeiterschädlichen Treiben, welches von Fernstehenden hineingetragen und von Neurätschtligen gefördert wird, energisch entgegenzutreten. (Lebhafte Zustimmung.) Seitens der Organisationen wurde folgende Resolution vergelebt:

„Die am 13. Februar 1919 in Erfurt stattende Delegierten-Gesammlung der Kalimeterarbeiter des Bezirks Thüringen und Südborsig erlässt sich bis auf weiteres mit den Lohnabmachungen einverstanden, die am 30. Januar zwischen dem Verein der Kaliinteressen und den in Frage kommenden Gewerkschaftsverbänden vereinbart worden sind. Die selben geben dahin, daß zu der am 27. November 1918 bereits bewilligten Lohnsteigerung von einer Mark pro Schicht für die unterirdische Belegschaft vom 1. Februar 1919 an für dieselbe Belegschaft noch eine Mark hinzukommt. Ebenso erhalten die über 17 Jahre alten männlichen Mitglieder der Belegschaft über Tage vom 1. Februar an eine Mark Zulage pro Schicht. Der Mindestlohn für Gedrängearbeiter erhöht sich entsprechend für die unterirdische Belegschaft wird vom 1. Februar 1919 an freies Geleude (Kurbel) in Höhe des Durchschnittsverbrauches (bei voller Beschäftigung) der letzten drei Monate gärfert.“

Die Konferenz spricht nun weiter dafür aus, daß eine franko-östl. baldige Vergesellschaftung des Kal berabares erstrebt werden mög. Der Sozialismus mög. nur in die Demokratizirung der Betriebe voraussehen. Eine überkürzte Sozialisierung wird andächtig der durch den Krieg geschaffenen unsicheren Lage, um nicht in hervor auf den Auslandsabsatz ein Experiment sein, daß die größten Fabriken

Der Völkerbund erkennt an daß gerade durch die Gewerkschaftsarbeit die Demokratie zurückgewonnen werden kann. Daß es jedoch hierin nur die bevorstehenden Auswirkungen (Rückgewinnung) einen weiteren Erfolg bedeuten, ist das Wirtschaftlichen Demokratie in naherer Zukunft erledigt, dann ist der Weg frei zur Vergesellschaftung.

Die Konferenzteilnehmer tadeln auf das entzückendste die in letzter Zeit von gewissen unverantwortlichen Parteien gegen die Gewerkschaften und ihre Führer entfachte Hetze und geloben, auch weiterhin für die Stärkung ihrer Organisationen einzutreten, weil sie wissen, daß die Schreiter nur der Recht an nähere und die für die Arbeiter so überaus wichtigen Organisationen schädigen. Am Anfang des deutschen Wirtschaftslebens und der Herbeschaffung von Rohstoffen rührten die Delegierten an alle Bergeiter teil, die dringende Aufforderung, jetzt von Arbeitsinstellungen abzuweichen. Alle Differenzen sind zunächst durch die Arbeiterschaften (Blätter), dann durch die geistige Sichtung gemeinsam mit den Verbänden und dem Unter-

Die nun folgende Debatte gestaltete sich recht lebhaft; 29 Kollegen von den verschiedensten Werken, welche sich beteiligten, waren in der Lage, den anwesenden Werksvertretern ein gezeichnetes Bild über die wirtschaftliche Lage der Arbeiterschaft zu geben. Klagen über mangelnden Einfluß der Arbeiterausschüsse, über die Arb.-Lsverhältnisse auf den einzelnen Werken, die Unterschiedlichkeit des Durchschnittslohnes der einzelnen Kategorien innerhalb der Städte, die Belohnungsheftigkeit der Kauen und sonstigen Außenarbeitsräume sowie die Notwendigkeit einer weiteren Lohnaussteigerung, alles wurde eingehend besprochen. Es wurde aber auch nicht die Schwierigkeit verkannt, in welcher sich jetzt die meisten der Werke befinden. Besonders hervorgehoben wurde, daß infolge der abwaltenden Umstände an eine Leistungsfähigkeit der Arbeiter nie früher nicht gedacht werden kann.

Dieses wurde auch — wie bereits bei früheren Verhandlungen — von der andern Seite anerkannt. Herr Dr. Karau, als Vertreter des Kaliinteressentenvereins, brachte folgende Resolution ein:

"Die am 13. Februar in Erfurt versammelten Kaliarbeiter sprechen in Gemeinschaft mit den Unternehmern die Erwartung aus, daß die in manchen Landesteilen beabsichtigte Auszahlung der Kaliarbeiter von den Bezügen der Schwer- und Schwerstarbeiter nicht erfolgt, die Kaliarbeiter vielmehr nach wie vor diese Zulagen erhalten solange sie andern Arbeitern bewilligt werden."

ist, solange wir von unsfern Kriegsgegnern wirtschaftlich noch weiter wie eine Zircone in der bisherigen Weise ausgepreßt werden, so wenig eine Hoffnung auf bessere Kohlenzufuhr und Abhilfe des Wagenmangels vorhanden, wie auf eine bessere Ernährung, solange uns nur Lebensmittel versprochen, aber nicht geliefert werden.

Genossenschaftsbewegung.

Sozialisierung der Landwirtschaft durch die Konsumvereine

Es ist ja nichts Neues mehr, daß sich unsre Konsumvereine, zur Eigenproduktion ihrem Wesen nach berufen, landwirtschaftliche Betriebe angliedern. Sie gehen zur Utoproduktion über und erlangen damit die Kontrolle über das Produkt in dessen ganzen Lebenslauf. So hat der Konsumverein München soeben ein Landgut erworben, das auch drei große Mühlenwerke umfaßt. Die Erwerbung ging in der Weise vor sich, daß der Konsumverein die Aktien der Mühlenwerke Steckau, Reichertshofen, Manching, vorm. Koch und Förster in Reichertshofen bei Ingolstadt, erwarb. Das Aktientarifal beträgt 2 Millionen Mark. Das Unternehmen umfaßt 200 Tagwerk Grund, auf dem sich drei Mühlen, eine Gastwirtschaft, Dekonomiegebäude, Verwaltungswohnhaus, Stallungen u. a. befinden. Steckau und Reichertshofen sind in einer Gemeinschaft und befinden sich auf der Linie München-Ingolstadt, 72 Kilometer von München entfernt, in Oberbayern. Es ist eine der fruchtbarsten Gegenden Oberbayerns. 7 Kilometer davon entfernt befinden sich 14 Tagwerk Grund in Manching (Bahnstrecke Ingolstadt-Stegensburg) mit Gebäuden, Stallungen und Viehbestand (Ochsen, Kühe, Pferde). Die übrigen Grundstücke liegen nicht zusammenhängend in der Gemeinde Steckau. Die drei Mühlenwerke werden mit Wasserkraft aus den regulierten Flüßchen betrieben. In den Mühlen können 300 000 Zentner Getreide im Jahre vermahlen werden. Mit dem Erwerb der Aktien ist der Konsumverein Besitzer der Mühlenwerke geworden, die Aktiengesellschaft besteht jedoch weiter. Der Konsumverein Sendling-München ist nun der erste Konsumverein Süddeutschlands, der ein Landgut mit Getreidemühlen besitzt. Er gab mit der Übernahme des Landgutes ein praktisches Beispiel für die Möglichkeit der Sozialisierung der Produktion.

Gewerkschaftliche Nachrichten.

Die deutschen Gewerkschaften im 3. Quartaljahr 1918.

Von den während der Kriegszeit leitenden Generalkommissionen vierteljährlich aufgenommenen Statistiken über die Zahl der Mitglieder, der Einzelzogenen und Arbeitslosen der Zentralverbände liegt nunmehr das Ergebnis der Erhebung vom 3. Quartal 1918 vor. Die Statistik des 3. Quartals verdient deshalb eine besondere Beachtung, weil sie die letzte vor Abschluß des Waffenstillstands ist und den Einfluß des Krieges auf die Gewerkschaften annähernd in dessen Höhepunkt darstellt.

Die Mitgliederzahl der Zentralverbände betrug am Schluß des 3. Quartals insgesamt 1 415 452, darunter 1 040 045 männliche und 375 407 weibliche Personen. Gegen das 2. Quartal trat eine Vermehrung von 46 653 Mitgliedern ein. Gegenüber dem Stande vor dem Kriege ist noch ein Verlust von 1 103 133 Mitgliedern zu verzeichnen. Dieser Verlust kommt nur auf die männlichen Mitglieder, die weiblichen haben sich dagegen um 154 336 vermehrt. Zum Kriegsdienst eingezogen wurden während der Dauer des Krieges 1 412 837 Mitglieder, von denen 129 585 gefallen bzw. an Folgen des Krieges gestorben sind. Der eingetretene Mitgliedergewinn übersteigt den durch die Einberufungen verursachten Entzug an Mitgliedern um 309 704. Die starke Illustration in den Verbänden wird dadurch beleuchtet, daß während des Krieges 1 733 265 Mitglieder neu eingetreten, dagegen 1 254 830 ausgeschieden sind. An Ausgaben für Unterstützungen waren die Verbände vom Beginn des Krieges bis Ende des 3. Quartals 1918 insgesamt 77 768 420 M^t geleistet, davon kommten auf Arbeitslosenunterstützung 25 833 522 M^t und auf Unterstützung für Familien Eingezogener 26 950 689 M^t. Die Arbeitslosigkeit war am Schluß des 3. Quartals 1918 nur gering. Es wurden festgestellt 2261 männliche, 9010 weibliche, zusammen 11 271 arbeitslose Mitglieder. In die Statistik nicht einbezogen sind die Verbände der Choränger und der Deutschen Eisenbahner, die erst während des Krieges sich der Generalkommunion angeschlossen.

Zur neuen Landarbeitsordnung.

Wie nicht anders zu erwarten, herüth über die neue Landarbeitsordnung noch recht viel Unzufriedenheit. Ganz besonderes bestechteren sich die Landarbeiter darüber, daß darin noch ein Höchsttarifensatz von 11 Stunden für die Sommermonate vorgetragen ist. Es wird von 11 Stunden Zwangssätzen gesprochen, und die Arbeitszeit der Landarbeiter würde durch diese Landarbeitsordnung noch verlängert werden. Außerdem fordern die Arbeitgeber an, die Regelung der Höchsttarifensätze in den Wintermonaten ändere, in den Frühjahrs- und Herbstmonaten gelten und in den Sommermonaten 11 Stunden sei eine Zwangseinschränkung, nach der nun überall diese Arbeitszeiten eingehalten sind. Die Artikel aus beiden Sagern sind aufzufinden im Bericht:

Legern und vollständigen im Uebrigh.
Mit dieser Festlegung der Höchstländerei soll doch ein Vorrecht erzielt werden für Arbeitnehmer und Arbeitgeberin in Bezug auf Deutzland mit rückläufiger Arbeitsverteilung, wo in der Landwirtschaft noch eine Arbeitslosigkeit ist, die über 11 Millionen hinausgeht. Außerdem gehört es angebrüchlich in der Landarbeiterordnung, daß alle Belehnungen verboten, wo ein Zeitrückzug statt besteht. Organisierte Lando- und Waldarbeiter haben es gezeigt in der Form, die Arbeitgeber daran zu versetzen, daß auch im Sommer die reguläre Arbeit nicht über jeden Sonnenuntergang geht. Außerdem ist in § 20 der Landarbeiterordnung festgelegt, daß geringere einkommende oder vertragende Erbbaudenkmälern befreit werden, und somit eine in der jüngste Zeit gegebene längere Arbeitszeit aufgehe. Dafür kann man nun nichts.

Wiederholung von Zahlenstellen

Berl. n. Der Verband der Fabrikarbeiter, Sozialistische Gesch.-Verba.,
hielt am Sonntag, dem 16. Februar, im Konzerthaus eine General-
versammlung ab. Den Vorsitzender gab der Soz. Deputat. An vielen
Beispielen zeigte Redner, wie durch e. e. Verboten sei die Wege für die ge-
winnenden die zugänglich gehalten werden. In dem Unterschied verstand
der Gewerkschaften darunter würden bezüglich der Lohns- und Arbeitsbedin-
gungen Vereinbarungen ausgelegt welche den Arbeitern und Arbeit-
stättern bestimme Vorrechte brachten. Auch für die Summe räumt e. be-
stimmten Abmachungen die es den in dieser Industrie Beschäftigten ermög-
lichen, besser als bisher die Anforderungen des sozialen Friedens gegen-
über zu stellen zu können.

Für die Schallplatten-Industrie sowie im Quarzsteingewerbe wurden ebenfalls bedeutende Verbesserungen erzielt.

W i dem Arbe igeberwerb d der Blumen-, Blätter- und Federnindustrie schweden zur Zeit Verhandlungen, welche hoffentlich ebenfalls Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen zur Folge haben werden.

Unangenehme Momente machen sich bemerkbar durch das Auftreten allerhand neuer Organisationen, die lediglich gee gnet sind, die Arbeiterschaft zu zer spalten und ihre Schlagkraft zu schwächen. So besonders in der chemischen Industrie und in der Industrie der Blumen, Blätter und Federn. Unseren Kollegen und Kolleginnen kann nur geraten werden, die Firma offen zu halten und allen Verhandlungspartnern aufrecht zu

